

## ***75 Jahre Hochschule/Universität Lüneburg***



*Prof. Dr. Hartwig Donnner*

Wir schreiben das Jahr 1946. Deutschland befindet sich nach der Nazi-Herrschaft und dem Krieg in einem Werte-Vakuum ohnegleichen. Es ist die Stunde eines britischen Bildungsoffiziers, jenes Douglas Lister, nach dem eine Straße im Mittelfeld benannt ist, der die Initiative ergreift, die Ausbildung künftiger Lehrer auf eine demokratisch-rechtsstaatliche Grundlage zu stellen. Dafür soll in Lüneburg eine Pädagogische Hochschule gegründet werden. Unterstützung findet Lister in Hannover, wo sich gerade das künftige Bundesland Niedersachsen formiert. Die Zustimmung kommt dort von Adolf Grimme, dem dann ersten Kulturminister Niedersachsens und ab 1948 für Jahrzehnte Generaldirektor/Generalintendant des NWDR.

Begonnen wird mit politisch unbelasteten, reformfreudigen Dozent'innen in angemieteten Räumen. Wie uns anlässlich der 50-Jahr-Feier eine betagte Dozentin der ersten Stunde berichtete, bestand das studentische „Hörergeld“ zunächst in Kartoffeln und Briketts. Lüneburg wurde eine von 8 Abteilungen der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen. Dozent'innen waren theoretisch und didaktisch interessierte bzw. ausgewiesene Lehrer, die meisten von ihnen promoviert.

Die Ideen von 1968 kamen an der PH Lüneburg etwas verspätet und etwas übertrieben an. Die Studierenden hängten rote Fahnen aus und störten den Lehr- und vor allem Prüfungsbetrieb dermaßen, dass Prüfungen zeitweilig in einem leeren Flügel des Gefängnisses stattfanden, wie ein früherer Rektor einmal berichtete.

1978 verlieh der niedersächsische Gesetzgeber den PH.en den Status „wissenschaftliche Hochschule“ mit Promotions- und Habilitationsrecht - ein recht kühnes Unterfangen. Viel wichtiger für die PH Lüneburg war aber die Ansiedlung von „Wirtschafts- und Sozial-Wissenschaften“, deren Studiengang mit dem Dipl.-Oek. abschloss.

Jetzt stießen an der PH zwei akademische Kulturen aufeinander. Da waren zum einen die Dozent'innen der Lehrerbildung, die regelmäßig außer ihrer Promotion keine vertiefte wissenschaftliche Tätigkeit aufzuweisen hatten und dies ja auch nicht mussten, und zum anderen die neu berufenen Professor'innen, die durchweg aus der akademischen Kultur von Universitäten kamen.

Dass der Gesetzgeber dann alle hauptamtlich an früheren PH.en tätigen Dozent'innen zu Professor'innen machte, war für die Stimmung an der Hochschule Lüneburg nicht gerade förderlich.

Die Stadt Lüneburg war Anfang der 80-er Jahre trotz der aufstrebenden Hochschule immer noch die alte Garnisonsstadt mit ca. 9.000 Soldaten in 4 Kasernen und ca. 1.000 Studierenden.

In der 2. Hälfte der 80-er Jahre wurde aus der Hochschule heraus, d.h. ohne viele neue Stellen, der Fachbereich und Studiengang „Angewandte Kulturwissenschaften“ gegründet. Dieser Studiengang war ein sog. Hybrid-Studiengang, der nicht auf ein festes Berufsbild hin konzipiert war. Hier wurden klassische Fächer wie etwa Geschichte oder Geographie in ihren kulturbezogenen Dimensionen entwickelt, und es kamen ganz neue Fächer wie Medienwissenschaft oder Literaturwissenschaft hinzu. Ferner enthielt der Studiengang zu ca. 30 % Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Der Studiengang war ein bundesweites Unikat, allerdings mit hoher Attraktivität. Trotz einer eigentlich viel zu hohen Aufnahmequote, weil die vielen Lehrbeauftragten in die Kapazitätsberechnung mit einbezogen wurden, war die Nachfrage immens und konnte nur mittels eines sehr scharfen numerus clausus bewältigt werden. Dies aber hatte zur Folge, dass die Studierenden dieses Studienganges einen recht hohen Intelligenzgrad aufwiesen. 1989 beförderte der nieders. Gesetzgeber alle wissenschaftlichen Hochschule zu Universitäten, so auch die Hochschule Lüneburg. Für dieses noch sehr schmale Gebilde war „Universität“ ein sehr weiter Mantel. Aber die Lüneburger Landtagsabgeordneten hatten starken Einfluss auf den Minister genommen. Und sie hatten ja auch ein starkes Argument: schließlich war Lüneburg im Zonenrandgebiet Nordostniedersachsen gemäß der Landesplanung das einzige Oberzentrum.

Die Universität Lüneburg hatte allerdings viel zu wenig Raum: auf 1.000 fläche bezogene Studienplätze kamen 4.000 Studierende. Auch wurde die Universität für das Wohnviertel Rotes Feld zu einer immer größeren Belastung. Als der Wissenschaftsrat 1990 die Universität Lüneburg evaluiert hatte, kam er zu dem Ergebnis, ihre Schließung zu empfehlen. Der Wissenschaftsrat sah einfach keine Möglichkeit für eine räumliche Konsolidierung. Das war ein schwerer Schlag für die Universität, aber auch für die Stadt. Der Rektor, die Planer, der Oberbürgermeister - sie alle suchten nach einer Alternative zur Schließung.

In dieser Situation kam gleichsam die Weltpolitik zu Hilfe. Der weltweit stattfindende Militärabbau bewirkte, dass in Lüneburg gleich zwei Kasernen frei werden sollten. Dies wurde als die Chance zur Rettung der Universität ergriffen. Das politische Argument war, den teilweisen Verlust des Garnisonsstandortes mit der Rettung der Universität zu kompensieren. Und das hochschulpolitische Argument war, mit der Totalumsiedlung der Universität in eine Kaserne Räume für die inzwischen auch sehr beengte Fachhochschule frei zu machen.

Zu jener Zeit war Hochschulbau verfassungsrechtlich noch eine sog. „Gemeinschaftsaufgabe“ mit jeweils 50 %-iger Finanzierung durch Bund und Länder. Hatte man den Bund für ein Vorhaben erst einmal gewonnen, so konnte das Land kaum noch abwehren. Alle Lüneburger Landtagsabgeordneten setzten sich für die Konversion ein, und auch die Wissenschaftsministerin fand Gefallen an dem Vorhaben, das oft mit der Metapher „Schwerter zu Flugscharen“ versehen wurde.

Kurios war der Kauf der Scharnhorstkaserne durch das Land Niedersachsen vom Bund. Es wurde ein Kaufpreis von 28 Mio DM ermittelt. Hiervon übernahm der Bund wegen der GA Hochschulbau 50 %. Auf die verbleibenden 14 Mio DM gab es, weil hier eine bisherige Militärliegenschaft für förderungswürdige Zwecke umgewidmet wurde, noch einmal 50 % Konversionsrabatt. So hat das Land Niedersachsen die Scharnhorstkaserne Lüneburg für ganze 7 Mio DM erworben.

War schon diese Konversion an sich ein großer Glücksfall, so gab es noch zwei weitere. Zum Projektmanager der Konversion wurde die halböffentliche NILEG bestimmt und zum Architekten der Lüneburger Peter von Mansberg, selbst seit Jahren Lehrbeauftragter an der Universität. Es wurden drei Bauabschnitte von 1993 bis 1997/8 durchgeführt, für die insgesamt 165 Mio DM veranschlagt waren. Alle Kostenrichtwerte (so etwas gab es noch) wurden eingehalten!

1995/96 wurde der neue Fachbereich Umweltwissenschaften gegründet. Vorausgegangen war der Brundlandt-Bericht der Vereinten Nationen, mit dem erstmals umfassend der überbordende Ressourcenverbrauch auf unserem Planeten dargestellt wurde. Vor allem aus den

Naturwissenschaften der Universität kamen starke Impulse, diese Problematik auch in Forschung und Lehre anzugehen. Gegen Widerstände der Arbeitsebene des Ministeriums konnte schließlich der neue Fachbereich und Studiengang durchgesetzt werden, auch dies ein sog. Hybridstudiengang mit einem Gemisch aus Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Damit hatte die Universität jetzt vier Fachbereiche.

Beachtlich war auch der Strukturwandel der Stadt Lüneburg. Binnen ca. 15 Jahren hatte sich das Verhältnis von Studierenden zu Soldaten praktisch umgekehrt. Jetzt gab es ca. 9-000 Studierende (knapp 7.000 an der Universität, gut 2.000 an der Fachhochschule) und nur noch ca. 1.000 Soldaten.

2001 nahm die Universität die Chance wahr, sich in eine Stiftung öffentlichen Rechts umzuwandeln. Ziel dieses Wandels war, die Universität aus der Umklammerung der staatlichen Administration zu lösen und stärker an die Gesellschaft heranzurücken. Leider ist dieses Modell dann politisch ausgetrocknet worden.

Die Universität war zwar immer noch finanziell viel zu schwach ausgestattet, schien aber mit dem neuen Standort und seiner Fachbereichs- und Studiengangsstruktur gesichert. Doch 2002 kam ein unerwarteter Rückschlag. Die Forschungsevaluation der Wirtschaftswissenschaften hatte ein recht kritisches Ergebnis erbracht, woraufhin die Politik sich anschickte, diesen Bereich nur noch auf seine Dienstleistungsfunktionen für die anderen Studiengänge zu beschränken, ihn aber als eigenständigen Fachbereich und Studiengang zu schließen. Das hätte wegen der zentralen Position der Wirtschaftswissenschaften eine gefährliche Schwächung der gesamten Universität zur Folge gehabt.

Nun hatte Lüneburg also eine demnächst angeschlagene Universität sowie eine auch viel zu schwach ausgestattete Fachhochschule. In dieser Situation entstand die Idee einer Fusion beider Hochschulen. Ergebnis sollte etwas anderes werden als das (gescheiterte) Modell einer Gesamthochschule: es sollte ein integriertes Modell geschaffen werden. Die Politik war hoch angetan von dieser Idee und erfüllte die Bedingungen der beiden Lüneburger Hochschulen, dass nämlich das Fusionsgesetz in Lüneburg entworfen würde und dass der Fusionsprozess vom CHE (Centrum für Hochschulentwicklung in Gütersloh) moderiert werden sollte.

Als das Fusionsgesetz dann vom Gesetzgebungsdienst in den Landtag kam, sah es doch sehr anders aus als der Lüneburger Entwurf. Und auch der Fusionsprozess verlief recht mühsam: zu unterschiedlich waren die akademischen Kulturen beider Hochschulen und zu unterschiedlich die Vorstellungen über die je eigene Position in der fusionierten neuen Hochschule. Eine nicht zu bewältigende Kategorie war das „die“ und „wir“. Und natürlich war man der bisherigen Hochschulleitungen überdrüssig.

2006 wurde eine neue Leitung für die neue (fusionierte) Universität berufen, die zumindest finanziell durch die Fusion beider bisheriger Haushalte gewisse Handlungsspielräume erhielt. Jetzt wurde viel Hochschulmarketing betrieben. So künstlich die Namensgebung und die Finanzierung des neuen Zentralgebäudes auch waren, so haben sie gleichwohl mit „Leuphana“ und dem Libeskind-Bau zwei Markenzeichen geschaffen, die für die heutige Universität Lüneburg gar nicht mehr hinwegzudenken, vielmehr fest etabliert sind und eine positive Konnotation haben.

Als die Wissenschaftliche Kommission Nieder-sachsen 2007 empfahl, das fusionierte Gebilde als Universität mit den vier Fachbereichen Bildungs-, Wirtschafts-, Kultur- und Umweltwissenschaften zu etablieren, schien alles wieder auf die gewohnte Struktur einer üblichen Universität hinauszulaufen. Das jedoch ist nicht geschehen. Denn die Universität hat - an angloamerikanischen Vorbildern orientiert - drei „schools“ geschaffen. Die erste ist das „College“, bestehend aus dem (für alle Studierenden identischen) Leuphana-Semester und sodann vielfältigen Wahlmöglichkeiten in Fächern, die als „major“ oder „minor“ studiert werden können. Weitere school ist die „Graduate School“ in der auf dem Bachelor des College

aufbauend Master- und Promotionsstudiengänge angeboten werden. Die „Professional School“ schließlich bietet eine große Zahl berufsbegleitender Studiengänge an.

Eine bundesweit tätige Akkreditierungs-Agentur kommt 2015 in ihrem Evaluationsbericht zu folgendem Ergebnis: „Die Universität Lüneburg verfügt mit den Studiengängen ‚Leuphana Bachelor‘ und ‚Leuphana Master‘ im Verhältnis zu anderen deutschen Hochschulen über ein einzigartiges Angebot. Die Studiengänge zielen weniger auf ein reines Fachstudium als vielmehr auf den Erwerb inter- und transdisziplinärer Kompetenzen.“ Kritische Hinweise zu viel Pathos und einem starken Marketing-Duktus verblässen vor dieser ungemein positiven Grundaussage. Und implizit ist hier noch eine weitere Grundaussage enthalten: So erstrebenswert ein gesicherter Bildungskanon als intellektuelle Grundausstattung einer/s jeden Studierenden ist, so erstrebenswert ist aber inzwischen auch eine dem zur Seite tretende Problemlösungskompetenz. Die Universität Lüneburg hat also sehr moderne Lehrkonzepte. Sie akquiriert ansehnliche Forschungsmittel. Und sie beruft auf Dauerstellen wie auf Honorar-Professuren interessantes Personal. Namen wie Richard David Brecht, Maja Göpel und Claudia Kemfert belegen dies. Die Attraktivität dieser Universität ist also kein Zufall.

Universitäten sind nach Kirchen die ältesten Institutionen unseres Kulturkreises. Sie haben Erkenntnis zu schaffen und zu verschaffen, aber auch zu Erkenntnisgewinn zu befähigen. Dem wird die mit 75 Jahren noch relativ junge Universität Lüneburg gerecht.

Man muss sich für die überschaubare Zukunft um diese Universität keine Sorgen machen.

Hartmut Donner Franconiae Hamburg